

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum der folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag Die Anzeigengebühr beträgt für die viergealtene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Serammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Zwischensätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67. Freitag, den 20. März 1903. 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die neue Kamarilla.

Die alte preussische Kamarilla*) ist längst todt, und eine neue ist da. Die alte bildete sich nach den Märztagen von 1848 und wurde von den beiden Gerlach, von Bismarck und von dem „Kreuzzeitungs“-Wagener geleitet. Der Zweck dieser Uebelthätigkeit war der Sturz des „liberalen“ Ministeriums Camphausen und die Niederwerfung der Demokratie. Diese Verschwörung, die sich selbst als „ministère occulte“ — als „geheimen Ministerium“ zu bezeichnen die Frechheit hatte, führte die Reaktionszeit der fünfziger Jahre herbei, nachdem die Demokratie auf dem parlamentarischen und dem militärischen Schlachtfeld vollkommen geschlagen worden war. Die Errungenschaften von 1848 wurden theils gewaltsam, theils auf gesetzlichem Wege beseitigt, und an die Stelle der liberalen Minister traten die Männer des Staatsstreichs, die Brandenburg, Mantuffel und Genossen.

Es giebt Leute, die alle geschichtlichen Ereignisse durch dieselbe Brille betrachten und darum auch immer nach derselben Schablone arbeiten. Wer könnte preussischen Junkern auch zumuthen, aus der Geschichte etwas zu lernen und die Zeichen der Zeit zu verstehen? Die Entwicklung der Dinge von heute, namentlich soweit sie im Zeichen des Sozialismus steht, geht ihnen direkt wider den Strich; die allmächtige Umwandlung Deutschlands aus einem Land mit vorwiegendem Ackerbau mit vorwiegender Industrie macht die „Edelsten der Nation“ um ihre Zukunft bange. Sie wollen das Rad der Geschichte rückwärts drehen, und wenn es nicht gutwillig so geht, nun, dann werden sie Gewalt brauchen.

Die große Junkerverschwörung besteht in der That; die neue Kamarilla hat sich längst gebildet. Sie will die Grundlage des Reichs umstürzen, wenigstens die für uns wichtigste Grundlage desselben, das allgemeine Wahlrecht. Mit gesetzlichen Mitteln ist dies bis jetzt nicht möglich gewesen; die Kamarilla hat aber gar kein Hehl daraus gemacht, daß sie vor Gewaltmitteln so wenig zurückschreckt, wie ihre Vorgängerin von 1848. Es ist dies von einzelnen Junkern ja offen ausgesprochen worden, und der Ruf nach sogenannten starken Männern ist doch nur ein Ruf von Männern des Staatsstreichs, auch Staats- und Gesellschaftsretter à la Mantuffel.

Gegen die Sozialdemokratie, die sich nur gesetzlicher Mittel bedient hat und die verschiedenste Bertheidigerin des allgemeinen Wahlrechts ist, verlangt die Kamarilla Ausnahmegerichte oder Militärtribunale.

Der „liberale“ Bülow und der „liberale“ Posadowsky sind der Kamarilla von heute genau so verhasst, wie der Kamarilla von 1848 das Ministerium Camphausen. Vom „Liberalismus“ jener beiden konservativen Staatsmänner zu sprechen ist eine Abgeschmacktheit; aber sie konnten die Wenteppolitik der Junker nicht in dem Maße unterstützen, wie diese es wünschten; sie konnten die Unerträglichkeit dieser Sippel nicht mit Liebesgaben befriedigen. Und nun kommen sie gar noch mit der Sicherung des Wahlheimnisses, mit dem „Klosettgesetz“, wie die Junker es nennen. Was, dieser Bülow will die Wahlmotive der Junker verhindern? Und Posadowsky erklärt dies auch noch für eine sittliche Pflicht? Dreißig Mandate mindestens gehen zum Teufel, wenn die „Edelsten“ nicht mehr mögen dürfen. Das darf nicht geschehen. Die Kamarilla wird alles thun, um es zu verhindern.

Und thatsächlich ist eine Stockung in der ganzen Angelegenheit eingetreten. Nach den bestimmten Ankündigungen und Berprechungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern mußte man erwarten, daß die Sache in den nächsten Tagen erledigt werde. Nun sind aber sieben Wochen ins Land gegangen und man weiß nur, daß ein Antrag des Kanzlers dem Bundesrath vorliegt, der ihn angenommen haben soll. Der Wortlaut dieses Entwurfes ist nicht genau bekannt.

Der Bundesrath kann zwei Wege beschreiten. Er kann dem vom Reichstag beschlossenen Antrag Rückert, der die Wahlverträge und den Zollraum enthält, zustimmen und dann ist dieser Antrag Gesetz. Bezüglich dieses Antrags aber scheint man sich im Bundesrath nicht schlüssig werden zu können. Dann aber mußte oder muß, wenn noch etwas zu Stande kommen soll, der Antrag des Reichskanzlers gleichmäßig an den Reichstag gebracht werden. Dazu ist es nun beinahe schon zu spät, denn die „Kreuzzeitung“ kündigt „entschiedenen Widerstand“ an, was so viel wie „Obstruktion“ bedeutet, die sich bei einem fast stets beschlußunfähigen Hause sehr wirksam durchführen läßt.

Graf Bülow will offenbar eine Mehrheit haben, die den langfristigen Handelsverträgen, wie wir sie brauchen, zugehen ist. Darum kann er nicht allzu viele agrarische Elemente im Reichstage brauchen. Die Junker merken die Abicht und sie sind nicht nur verstimmt, sie sind rasend vor

Wuth. Sie lassen alle Minen springen, damit die beiden Gönner des Wahlheimnisses, Graf Bülow und Graf Posadowsky, in die Luft fliegen sollen.

Die Macht des Junkerthums beruht in seiner Doppelstellung. Seine Parteigänger können zugleich als Demagogen draußen in den Massen, namentlich bei den politisch zurückgebliebenen ländlichen Elementen, wirken und können auch als Intriganten auf den Hintertreppen der Paläste schleichen. Das letztere scheint zur Zeit ganz besonders im Gange zu sein. Die Kamarilla arbeitet mit Hochdruck, damit das „Klosettgesetz“ schon im Bundesrath stehen bleibt. Und nicht nur Fräule werden auf den Hintertreppen schleichen, auch Salare, Bässchen und Unterirder werden dort zu sehen sein.

Eine Mine, die die Reaktionen gelegt haben, und zu der der blöde Liberalismus den Zündfaden liefert ist auch die Opposition gegen die Aufhebung des Artikels 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrath. Kriegt Bülow auch in dieser Sache eine Schlappe, dann kann er sich kaum mehr halten und Posadowsky wird mit ihm zum Dutzend fahren.

So legt die große Junkerverschwörung die Art an die Grundlagen der Reichsverfassung, denn wenn es gelingt, die Sicherung des Wahlheimnisses zu verhindern, dann geht der nächste Vorstoß gegen das allgemeine Wahlrecht.

Wenn ein paar verworrene Anarchisten die Gesellschaft „bedrohen“, dann ist gleich der ganze Polizei- und Justizapparat in Bewegung, um die „Verschwörung“ zu unterdrücken. Gegen die Junkerverschwörung, die so oft mit gewaltsamem Umsturz des allgemeinen Wahlrechts droht, regt sich nichts. Wer soll sich auch regen? Der Klassenstaat hat für seine „Stützen“ gesorgt. Wenn sich ein solch fetter Staatsanwalt fände, der es unternehmen wollte, der Junkerkamarilla auf den Leib zu rücken — was wollte er ausgerichten?

Wer wenn Bülow und Posadowsky stürzen und ausgemachte Reaktionen, sogenannte starke Männer sich an deren Stelle drängen, dann hat das keine Reaktionspläne immer noch ein großes Loch. Bülow und Posadowsky können eine Reaktion nicht aufhalten; sie werden von ihr verschlungen. Wenn das nicht jetzt geschieht, dann geschieht es später, denn die Gegensätze spitzen sich zu. Aber wenn es 1848 und 1849 der Kamarilla gelang, die schwächliche und geschwächte Demokratie niederzuwerfen — mit der sozialistischen Bewegung wird sie nicht fertig werden. Das ist der große Unterschied.

Wir brauchen nicht zu trauern, wenn Bülow und Posadowsky fallen, wenn wir auch den verbesserten Schutz des Wahlrechts gerne gehabt hätten. Kommt er noch, so soll es uns freuen. Aber es sieht uns gar nicht mehr danach aus, und wir können kaum glauben, daß wir zu schwarz gesehen haben.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 18. März 1903.

Der Reichstag hielt am Mittwoch wiederum eine sehr kurze Sitzung ab. Im Handumdrehen wurde die Novelle zur Seemannsordnung in dritter Lesung erledigt; die bürgerliche Mehrheit verwarf wieder alle von Wolkenbühr und Dr. Herzfeld beantragten Verbesserungsanträge unserer Fraktion.

Dann wurde Raab'se gehalten und mit unerledigten Statistiken aufgeräumt. Nur zwei dieser Punkte entzichten etwas, was von weitem einer Debatte ähnlich sah. Die 1 1/2 Millionen-Forderung für die Beteiligung an der Ausstellung in St. Louis gab den konservativen Gelegenheit, Proben ihrer Amerikafindenschaft und ihres Industrie- und Kulturhasses abzulegen. Vorwand bot natürlich die schlechte Finanzlage. Von den nachträglichen Kosten der ostasiatischen Expedition, die im diesjährigen Etat auf 15 Millionen veranschlagt waren, wurden auf Vorschlag der Kommission trotz der schäblichen Einrede des Staatssekretärs v. Nitzhoffen wenigstens 3 Millionen gestrichen. Ein mehr — oder weniger — als magerer Trost für den deutschen Steuerzahler, dem die nicht eingelösten Vorbeereise des Grafen Waldersee schwer im Portemonnaie liegen!

Am Donnerstag stehen die Etats des Auswärtigen und der Kolonien auf der Tagesordnung. Die Sitzung dürfte nicht so schnell zu Ende sein.

296. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: von Posadowsky. Zunächst wird der Eisenbahnvertrag mit Rußland in dritter Beratung genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zur Seemannsordnung, durch die ein Druckfehler berichtigt werden soll. In der Generaldiskussion erhält das Wort

Wolkenbühr (SD.): Durch ein Versehen des Senats bei der Abstimmung ist seiner Zeit unser Antrag abgelehnt worden, wonach die Heranziehung eines Schiffmannes zu den Seeschiffengerichten obligatorisch gemacht werden sollte. Es wäre doch angebracht, dieses Versehen

bei dieser Gelegenheit wieder gut zu machen, und ich beantrage daher die Aussetzung der Spezialberatung.

Kirsch (Z.) giebt zu, daß seiner Zeit ein Versehen seiner Fraktion vorgelegen, hält es aber nicht für möglich, die Zustimmung des Bundesraths für eine solche Aenderung der Seemannsordnung bis zum 1. April 1903 zu erhalten.

Der Antrag Wolkenbühr wird hierauf abgelehnt und in die Spezialberatung eingetretten.

Die Abgg. Albrecht und Gen. haben dazu folgende Anträge gestellt:

Eritens soll der zweite Satz des § 62 Abs. 2 der Seemannsordnung, der von der Feuer eines in einer Heilanstalt befindlichen Seemannes handelt, folgende Fassung erhalten: „Ist er verheirathet, oder hat er, falls keine dieser beiden Voraussetzungen zutrifft, andere Angehörige, deren Unterhalt er bisher ganz oder überwiegend bestritten hat, so ist ein Viertel der Feuer zu zahlen.“

Zweitens soll in § 137 bestimmt werden: „Sind in den vor dem 1. April 1903 ausgefertigten Musterrollen Bestimmungen enthalten, welche im Widerspruch stehen mit den Vorschriften dieses Gesetzes, deren Abänderung durch Vertrag nicht ausdrücklich zugelassen ist, so treten vom 1. April 1903 ab an deren Stelle ohne weiteres die Vorschriften der Seemannsordnung.“

Nach kurzer Begründung der Anträge durch die Abgg. Wolkenbühr und Dr. Herzfeld (SD.) werden sie abgelehnt und die Novelle unverändert angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats fortgesetzt bei einigen erst jetzt in der Kommission erledigten Titeln des Etats des Reichsamts des Innern. Für Beteiligung an der Weltausstellung in St. Louis werden als erste Rate 1500 000 Mark gefordert.

Dr. Müller-Meinigen (SP.) fragt den Staatssekretär, ob die in St. Louis auszustellenden Werke der Kunst und des Buchhandels einen besonderen Schutz genießen.

Staatssekretär Graf Posadowsky theilt mit, daß in dem Reglement für die Weltausstellung die Nachzahlung auszustellender Gegenstände ohne Zustimmung der Aussteller oder der Ausstellungskommision verboten werden wird. v. Waldow u. Reizenstein erklärt, daß ein Theil seiner Freunde für ein anderer angelegtes der ungünstigen Finanzlage gegen die Vorlage stimmen werde.

Die Abgg. Dr. Baasche (natl.), Frese (frei, Bgg.) und Dr. Spahn (Z.) treten für die Forderung ein, die sodann nach dem Kommissionsvorschlag bewilligt wird.

Einige weitere Titel werden ohne Debatte genehmigt.

Zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und untere Beamte in den Betrieben des Reichs werden 4 Millionen gefordert.

Dr. Haffe (W.) tritt für die Erhöhung dieser Summe im nächsten Etat ein.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Es folgt der Etat der Expedition nach Ostasien.

Berichterstatter Abg. Dr. Stockmann (Rp.) bemerkt, daß die Kommission von den 15 1/2 Millionen des Etat drei Millionen gestrichen hat.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhr. v. Nitzhoffen: Die europäischen Besatzungstruppen in China sind seit Beendigung der eigentlichen militärischen Aktion im Sommer 1901 in ziemlich raschem Tempo vermindert worden. Für eine völlige Entlohnung Chinas von fremden Truppen aber können die internationalen Mächte die Verantwortung noch nicht übernehmen, zumal China uns gegenüber neuerdings Luft zu haben scheint, die Erfüllung seiner übernommenen Verpflichtungen etwas in Frage zu stellen. Angesichts dieser Thatsache kann man vielleicht sogar meinen, daß wir in der Evacuation Chinas etwas zu schnell vorgegangen sind. Ich bitte Sie daher, den Abbruch der Kommission nicht zu genehmigen, da wir sonst Staatsüberschreitungen kaum vermeiden können.

Dr. Spahn (Z.) bittet es bei dem Kommissionsbeschluss zu belassen.

Der Etat wird hierauf nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Kolonialeetat und Etat des Auswärtigen Amts).

Schluß: 4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Geschichte einer Reichstags-Kandidatur: Zur Vorgeschichte der Kandidatur des Fürsten zu Dohna-Schlobitten im Reichstagswahlkreis Königsberg-Land-Fischhausen erhält die „Königsb. Post.“ von

„Informirter konservativer Seite“ eine längere Zuschrift, der wir die folgenden interessanten Mittheilungen entnehmen: Ob sich neuerdings von Berlin aus wiederum Einflüsse geltend gemacht haben, die die Kandidatur Dohna veranlassen, wissen wir nicht. Das jedoch ist Thatsache, daß im vorigen Jahre Fürst Dohna auf direkten Wunsch des Kaisers im Wahlkreis Elbing-Marienburg zu kandidiren versuchte, daß der kaiserliche Wunsch, den Fürsten als Reichstagsabgeordneten zu sehen, jetzt noch besteht und unter der oberrheinischen Aristokratie allgemein bekannt ist und gewürdigt wird. Es ist angesichts der abermaligen Kandidatur Dohna

* Kamarilla oder Kamarina hieß die absolutistische Umgebung Ferdinands VII. von Spanien.

recht interessant, sich mit der Vorgeschichte der vorjährigen Elbinger Wahl zu beschäftigen. Drei Staatsdeputierten wurden damals verhandelt. Die eine an den Fürsten Dohna, die ihm auftrag, für den Wahlkreis Elbing-Marienburg zu kandidieren, die zweite an den Minister des Innern, die diesem anbefahl, den gesammten Regierungsapparat zu Gunsten des Schlobitters spielen zu lassen, und eine dritte, die den Kammerherrn von Oldenburg auf Januschau aufforderte, seine Kandidatur zu Gunsten derjenigen des Fürsten zurückzuziehen. Da jedoch Herr von Oldenburg kurz vorher den Elbinger Konventionen und Bündlern versprochen hatte, ihnen unter allen Umständen treu zu bleiben, so lehnte er das ihm durch die Vermittlung des Oberstammerers, Grafen zu Solms-Baruth, zugegangene Ansinnen ab. Er wurde infolgedessen in seiner Eigenschaft als Kammerherr nach Berlin berufen. Dort las ihm Graf Solms die bekannte Kabinettskordere gegen die Kanalrebellent vor und verjagte wiederholt, ihn im höheren Auftrage zum Rücktritt zu bewegen, da es der dringende Wunsch Sr. Majestät sei, daß Fürst Dohna kandidiere und er als Kammerherr nicht gut gegen den Hofjägermeister vom Dienst austreten könne. Herr v. Oldenburg konnte sich nicht entschließen, den Bund und die Elbinger Konventionen im Stich zu lassen und hat infolgedessen um seinen Abschied als Kammerherr. Schließlich erklärte er jedoch, daß er, wenn Fürst Dohna im amtlichen „Elbinger Kreisblatt“ mit dem Namen unterschrieben verstanden würde, daß er auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die ihm angetragene Kandidatur für Elbing-Marienburg annehme, er — v. Oldenburg — seinerseits ebendort erklären würde, daß er auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers zurückträte. Der Kaiser war anfangs bereit, diesen Ausweg einzuschlagen. Der darüber entsetzte Reichskanzler Graf v. Bülow stellte jedoch an höchster Stelle auf das eindringlichste vor, daß diese neue Kanalrebellengeschichte, nachdem die alte kaum erledigt sei, sehr viel böses Blut machen würde. Da zur selben Zeit auch ein Brief, den Fürst Dohna an Herrn v. Oldenburg mit der Bitte richtete, zur Vermeidung einer Doppeltkandidatur zu seinen Gunsten zurückzutreten, höflich aber ablehnend erwidert wurde, so blieb sowohl den höchsten Interessen wie dem Herrn von Schlobitter nichts anderes übrig, als diesmal auf seine Reichstagskandidatur zu verzichten. Der Kaiser ließ sich in dieser Angelegenheit nicht mehr sprechen, das Abschiedsgeheuch des Herrn von Oldenburg als Kammerherr wurde amtlich als nicht vorhanden angesehen, und das Ende vom Liede war, daß Herr v. Oldenburg, wenn auch irrtümlicher Weise, in den Reichstag einzog.

Gegen den Fürsten Dohna wird im Zusammenhange mit diesen Mittheilungen darauf hingewiesen, daß der Hofjägermeister vom Dienste, damalige Graf Dohna, schon einmal, von 1890 bis 1893, Vertreter des „Volkes“ von Elbing-Marienburg im Reichstage war, daß er während dieser ganzen Jahre auch nicht ein einziges Mal gesprochen habe, obwohl gerade damals mehr als genug Gelegenheit vorhanden war, für die Interessen Ost- und Westpreußens einzutreten. Der Herr Graf habe damals bei den wichtigsten Abstimmungen gefehlt. — Diese Mittheilungen gewähren einen interessanten Blick in die Geheimnisse konservativer Kandidaturen.

Ein falscher Rosenkranz. Aus Reichsbesitz, Sejmengesetz und Matricularamlagen reißt sich der ultramontane Rosenkranz zu den Reichstagswahlen zusammen. Die „Rheinische Zeitung“ hat den strategischen und taktischen Aufmarsch der schwarzen Schlachtenreiter ausprobiert und verräth nun der Öffentlichkeit, was sie in den Wandergängen des Reichstages aufzulesen hat. Das Zentrum, heißt es, habe in Aussicht genommen, gegen die Aufnahme einer Anleihe für den Fehlbetrag im Reichshaushalt für 1903 zu stimmen und dafür einzutreten, daß der Vertrag durch Matricularamlagen gedeckt werde. Dadurch glaube das Zentrum einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zu bestimmen, der Aufhebung des § 2 des Sejmengesetzes beizutreten. — Daß das Zentrum es in der Hand hat, durch die Ueberwälzung des Fehlbetrages auf die Einzelstaaten einen zwingenden Druck auf diese auszuüben, ist ohne weiteres einleuchtend. Fragt sich nur, ob es dazu die Courage findet. Seine Politik der Schläue pflegt sich gewöhnlich, wenn es zum Treffen kommt in kleinstlichen Absichten zu verhaseln. Diese Waffe wäre übrigens ein zweischneidiges Schwert: es dürfte für das Zentrum unangenehme Konsequenzen haben, die von ihm selbst mit verschuldeten Hetze- und Fintanzausgaben des Wählers durch Zuschläge zum Stenerzettel in besonders fühlbarer Erinnerung zu bringen. Die „Rheinische Zeitung“ hat dem Zentrum gewiß einen Gefallen getan, wenn sie diese Drohung leugert hat; aber an dem Ernst der Absicht braucht man daran nicht zu glauben.

Ein Mißtrauensvotum gegen den Grafen Sosadowy. Die Zentralverband der deutschen Industriellen auf seiner Delegiertenversammlung in Berlin ausgesprochen. Nachdem der frühere Generaldirektor Krapp's, Herr Jenke, das Andenken des verstorbenen Geheimraths Krupp geehrt hatte, gab Herr Bred in seinem Geschäftsbericht lebhaft der Sorge Ausdruck, daß die Sozialdemokratie von der Regierung jetzt nicht mehr als Unpartei, sondern als Arbeiterpartei, also als bürgerliche Partei innerhalb des Rahmens der gewöhnlichen Gesellschaftsordnung, angesehen und behandelt würde. — Graf Sosadowy hat es also mit dem Zentralverbande völlig verfehlt. Die Schatzkammer führen ein neues Regiment! Die Verwaltung hat dann noch eine Resolution zu Gunsten langfristiger Handelsverträge mit Maßbegünstigung angenommen und dabei den Zweck ausgesprochen, daß die Reichsregierung kein Absehen der Handelsverträge auf weitere Ermäßigung der Zollsätze nicht einsehen werde, wenigstens nicht ohne vorherige Zustimmung der betreffenden Substanz.

In der Frage der Gewährung von Reichstagspräsidenten gab der württembergische Ministerpräsident am Mittwoch in der württembergischen Kammer eine Erklärung ab dahingehend, daß die württembergische Regierung grundsätzlich nicht gegen die Gewährung von Diäten sei und dabei hinzu setzte, daß nach der amtlichen Lage der Dinge die Gründe für die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages die Bedenken überwiegen, die einer solchen Maßnahme entgegenstehen werden können. Die Regierung werde aber die weitere Entscheidung im Reichstage nach wie

Abänderung der Reichsverfassung von schwerwiegender Bedeutung in sich schließe, daß eine Verfassungsänderung als abgelehnt gelte, wenn sie im Bundesrath auch nur 14 Stimmen gegen sich habe und daß daher die Anschauung der übrigen Bundesregierungen in Bezug auf den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand nicht aus den Augen gelassen werden könne.

Wahlnachrichten. Gegen den Reichsparteiler Camp, der Deutsch-Krone im Reichstag vertritt, haben die Bündler eine eigene Kandidatur aufgestellt. Herr Camp ist ihnen agrarisch nicht „zuverlässig“ genug. Für die 7 1/2 W.-Böhlner kandidiert ein „Bauer“, Herr v. Hartmann auf Hofstadt. — Die Polen haben im Wahlkreise Neustadt-Buzig-Karthaus den bisherigen Abgeordneten von Senta-Polczynski von Neuem für den Reichstag aufgestellt. — Der Gesamtvorstand des freisinnigen Wahlvereins in Danzig hat einstimmig beschlossen, den Wählern Danzigs die Wiederwahl des Bankdirektors Mommson-Berlin vorzuschlagen. — Für den Wahlkreis Thorn-Culm wurde Genosse G. Bierrether, Lithograph in Thorn, als Kandidat aufgestellt. — Für die sächsischen Parteiverhältnisse ist es ungenügend kennzeichnend, daß die „Dünungspartei“ in dem hochindustriellen 6. Wahlkreise (Dresden-Altschloß-Dippoldisdorf) einen der schärfsten Agrarier, Dekonomierath Andra-Brannsdorf, den Obersten des „Bundes der Landwirthe“ in Sachsen, aufgestellt haben. Der „Bund“ beansprucht auch in den beiden Dresdener sächsischen Wahlkreisen (4 und 5) bestimmenden Einfluß. Aus diesem Grunde sucht man noch immer vergeblich nach Kandidaten, nachdem die bereits gewonnenen Kandidaten zurückgetreten sind. — Die Vertrauensmänner der deutsch-sozialen Reformpartei, der konservativen Partei und des Bundes der Landwirthe aus dem 10. sächsischen Reichstagswahlkreise (Döbeln etc.) haben den Chefredakteur Oswald Zimmermann (Antisemit) endgültig aufgestellt. Die nationalliberale Partei verhält sich ablehnend. — Die drei liberalen Vereine Bremens, der „Reichsverein“, der „Bremer Verein der deutschen freisinnigen Partei“, die „Freisinnige Volkspartei, Verein Bremen“, haben den Reichstagsabgeordneten Hermann Freye wieder als Kandidaten aufgestellt. — Für Stade-Bremervörde hat der Bund der Landwirthe den Hofbesitzer Klavemann in Anselohe im Kreise Lege dem nationalliberalen Abg. Sattler als Gegenkandidat gegenübergestellt. — In Kassel stellen die Nationalliberalen den Landtagsabgeordneten Weinbauer auf, da Dr. Erdmann eine Wiederwahl abgelehnt hat. — Dem „Elb-Postboten“ zufolge nahm Landesauskunft-Abgeordneter Labroise (Merikal) die Reichstagskandidatur für den Wahlkreis Saarburg an. Der bisherige Vertreter des Kreises Saarburg im Reichstag, Erzpriester Kückly, kandidiert nicht wieder. — Die „Schlei-Ztg.“ berichtet ihre letzte Meldung über Herrn v. Kardorff dahin, der Bund der Landwirthe habe beschlossen, die Kandidatur von Kardorff in Döls nicht zu bekämpfen. Herr von Kardorff hat also mit seinen Verbeugungen vor dem Bunde noch einmal Gnade gefunden.

Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte Mittwoch die seinerzeit von ihr gestrichene Forderung für den Truppenübungsplatz Neuhammer und nahm ferner eine Resolution Spahn an, in der die Militärverwaltung ermahnt wird, künftig bei Grundstücksankäufen das Reichsarchiv zuzuziehen. Die Kommission berührt dann über die ebenfalls an sie zurückverwiesene Frage der militärischen Hochschule und bewilligte mit 13 gegen 12 Stimmen auf Antrag Gröber (Z.) 10000 Mk. für Vorarbeiten zu einer „militärischen Akademie“ unter der Voraussetzung, daß der Unterricht der Offiziere über allgemeine technische Gegenstände weiterhin auf der Charlottenburger Hochschule erfolgt. Der Zentrumsantrag konnte nur dadurch Annahme finden, daß der nationalliberale Abg. Wasserermann sich von seinen Parteigenossen trennte und für den Antrag Gröber stimmte.

Beamten-Uebergriffe. Ueber einen Fall von Boykott in Deutsch-Südwest-Afrika durch einen Kolonialbeamten hat vor einiger Zeit die „Rhein-Weiß. Ztg.“ berichtet. Der Distriktschef von Bethanien, Baron v. Stempel, so meldete das Blatt, habe einen deutschen Händler, Gründewald in Keetmanshoop, boykottiert, die wichtigsten Kunden entzogen und verschiedene Gerüchte abgeprochen, weil er einen Fall von Mißhandlung eines gefangenen Neger durch einen Unteroffizier der Schutztruppe an eine Berliner Zeitung berichtet hatte mit dem Zusatz, wenn sie keine Verwendung dafür hätte, möchte sie das Manuskript an den „Vorwärts“ weitergeben. Mehrmals hätte die Kolonialverwaltung vergeblich die Aufhebung des Boykotts verlangt. Nach Veröffentlichung der Angelegenheit in der „Rhein-Weiß. Ztg.“ ist, wie jetzt diesem Blatt aus Deutsch-Südwest-Afrika gemeldet wird, endlich Baron v. Stempel selbst, um anderweitig verwendet zu werden. Der Boykott ist endgültig aufgehoben und dies den Beteiligten durch ein Schreiben des Kolonialdirektors Stäbel vom 13. März bekanntgegeben worden, worin es heißt: Die an das kaiserliche Gouvernement wegen unbedingter Aufhebung des Boykotts und Einrichtung einer Zivilverwaltung in Bethanien gedruckte Besetzung ist nach einem mit letzter Post hier eingegangenen Berichte vom 26. Januar ds. Js. zur Ausführung gelangt. Nach diesem Berichte hat der bisherige Distriktschef an dem gedachten Plage eine anderweitige Verwendung gefunden, und es ist dem kaiserlichen Bezirksamt in Keetmanshoop erneut dringlichst zur Pflicht gemacht worden, hinsichtlich auch durch entsprechende Einwirkung auf den eingeborenen Kapitan dafür Sorge zu tragen, daß Gründewald vor jeglicher wirtschaftlichen Schädigung geschützt werde. Der Stationsbesetzung sowohl als dem p. Gründewald ist eröffnet worden, daß kein Verbot des Verkehrs zwischen ihnen mehr besteht. — Was Herr von Stempel angeht, so werden, dem geschätzten Konsmann einen Ebdenererz zu zahlen? Das wäre ein guter Deutzettel! Aber der Herr, der nun anderswo seine Verwaltungsaufgaben wahrnehmen kann, wird ihn sicher und leider nicht erhalten.

Rußland in der Wauser. Professor Rüchland, der Schriftführer der Agrarier, ist wieder einmal in die Wauser gerathen. Hatte er sich früher von der egyptischen Wüste zum Aguarier Haidemann getrieben, so hat er nun wieder das Betrüben, seine stammesgenössischen Aufstellungen der württembergischen Regierung zu unterwerfen. Zur Veranschaulichung seiner Ansicht, ein Bureau für landwirtschaftliche Statistik ein-

Handelkammer gemeldet, denen er, gegen die Zustimmung einer Unterstufung seines Projektes, nach dem „Berl. Tagebl.“ versprochen hat, seine bisherigen Ansichten über die Rolle des Getreidezwischenhandels zu widerrufen. — Bei Herrn Ruhlands bewegter wissenschaftlicher Vergangenheit nimmt diese neueste Metamorphose nicht Wunder; zu beklagen ist nur der heftige Landtags Abgeordnete Köhler, der bekanntlich Ruhland für eine phyhokratische Gegenprofessur gegen den freihändlerischen Gießener Professor Biermer in Vorschlag gebracht hatte.

Die Reichstags-Kommission für das Phosphorgegesetz nahm das Gesetz in zweiter Lesung unverändert an und beschloß dazu auf Antrag Müller Meiningen eine Resolution, in der die Landesregierungen aufgefordert werden, in den durch das Phosphorverbot besonders hart getroffenen Gegenden anderweitige Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Der deutsche Handelstag trat Mittwoch in Berlin zu seiner 29. Vollversammlung zusammen. Als Vertreter der Regierung hatten sich Graf Borsadosky und der lange Graf Wofa eingefunden. In seiner Begrüßungsrede wies Graf Wofa darauf hin, daß der Handelstag diesmal zu einem Zeitpunkt zusammengetreten, wo sich nach den schwierigen Verhältnissen für Industrie und Handel wieder günstigere Aussichten zeigen. Redner stellte dann fest, daß die deutsche Industrie während der Schwüle der letzten Jahre sich in hohem Maße widerstandsfähig gezeigt habe. Wir dürfen, fuhr Graf Wofadosky fort, unserer industriellen Zukunft mit Vertrauen entgegen sehen. Mit der Steigerung des Lebensstandes der gebildeten Völker steigt naturgemäß auch der Bedarf an verfeinerten Waaren und Spezialitäten, und gerade auf diesem Gebiete dürfte die deutsche Industrie ihre Aufgabe suchen, für die wir vorzugsweise gerüht sind durch unsere technischen Schulen, Gewerbeschulen, und da sich der Arbeiterstand dank des Schulwesens und der sozialpolitischen Fürsorge (Jowie der Anstrengungen der Sozialdemokratie), muß hier eingeschaltet werden; Redaktion des L. B.) ganz wesentlich gehoben hat. Redner berührte dann noch die Frage der Erneuerung der Handelsverträge und führte aus, in diesem Kampfe der Interessen werde Jeder zu Gunsten des Andern erhebliche Selbstbeschränkungen überwinden müssen. Alle Erwerbsstände sollten aber die Ueberzeugung theilen, daß die heimische Regierung die Interessen unseres Erwerbslebens mit derselben Sachkenntnis und demselben Nachdruck vertreten wird, wie dies von den fremden Regierungen zum Besten ihres Landes vorausgesetzt wird. Nichternte, sachverständige Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse kann uns allein ohne wirtschaftliche Erschütterungen in den neuen Abschnitten unserer handelspolitischen Beziehungen hinüberführen. Redner sprach schließlich den Wunsch aus, daß der Handelstag auch in Zukunft beitragen werde, das große Vertragswerk wirksam zu fördern. Nach einem Referat des Generalsekretärs Söetbeer nahm der Handelstag dann einstimmig eine Erklärung betreffs der Handelsverträge an, welche an der Forderung festhält, daß die auswärtigen Staaten für eine längere Reihe von Jahren Ermäßigung und Bindung der Zölle auf die hauptsächlich von Deutschland dort eingeführten Waaren und allgemeine Weisbegünstigung gewähren. Die Erklärung stellt sodann eine Reihe von bei den Verträgen zu berücksichtigenden Einzelorderungen auf und spricht schließlich die Erwartung aus, daß die Reichsverwaltung, durchdrungen von der hohen Bedeutung guter Handelsverträge, für das Gedeihen des immer mehr in den Weltverkehr hineinwachsenden und dadurch zu steigender Wohlfahrt und Macht gelangenden deutschen Reiches nichts veräume, um auf der im Jahre 1891 betretenen Bahn der Handelspolitik weitere Erfolge und Fortschritte zu erzielen. Der Punkt bezüglich der Abgrenzung des Handwerks wurde, da das erlangte Material bei weitem nicht genügt, von der Tagesordnung abgesetzt. Der Handelstag nahm ferner eine Resolution an, welche internationale Regelung des Seefrachtrechts verlangt, und monachvertragmäßige Beschränkungen der Haftung des Reeders für ordnungsmäßige Fürsorge für Seetüchtigkeit, Ausrüstung, Bemannung und Verproviantierung der Schiffe und ordnungsmäßige Empfangnahme, Behandlung und Ablieferung der Güter für nichtig erklärt werden und der Reeder von der Haftung für Verschulden hinsichtlich Führung und Betriebs des Schiffes befreit wird. Darauf beschloß der Handelstag, an die Reichsregierung die Bitte zu richten, daß die Entwürfe der Reichsgerichte alsbald nach Fertigstellung in den Reichsämtern öffentlich zur allgemeinen Kritik gestellt werden und die Veröffentlichung von die Interessen des Handels und der Industrie berührenden Entwürfen so zeitig erfolgen möge, daß die gesetzlichen Vertretungskörperschaften des Handels und der Industrie hinreichend Zeit haben, sich gutachtlich dazu zu äußern. Sodann wurde schließlich noch eine Resolution angenommen, wonach der Handelstag dem Gesekentwurf betreffend die Abänderung des Krankentassenversicherungsgesetzes zustimmt mit dem Zusatzantrag Schlochmann-Offenbach betreffend die Inanspruchnahme des Arbeitgebers bei Nichtanmeldung einer Lohnhöhung des Versicherungspflichtigen.

Der Aufruf des Königs von Sachsen „An mein Volk“ wird in den meisten Blättern als ein Beweis dafür angesehen, daß die Erregung über die Ehecheidungsangelegenheit in Sachsen noch sehr groß sein muß. Mehrfach wird bezweifelt, daß der Aufruf mit seinem Urtheil über die geschiedene Frau den gewünschten Erfolg haben werde. Unser Zentralorgan, der „Vorwärts“ meint, der Erlaß sei sogar geeignet, der unglücklichen Frau verstärkte Sympathien zuzuwenden. Wie übrigens der Leipziger Korrespondent des „Bureau Offen“ von der Prinzessin nachstehender Seite erfährt, werde diese den Aufruf mit einer Gegenpublikation beantworten, worin sie die Verhältnisse an sächsischen Königshöfen von ihrem Standpunkt aus erörtert wird. Der Tanz wird also von Neuem losgehend, und Schuld daran, wenn die Lebensschaffter abermals hochgehen, trägt einzig und allein der König mit seinem gebarnisteten Aufruf. Sicherlich war er nicht gut berathen, als man ihn zu der Veröffentlichung desselben veranlaßte.

Wilde Richter fand der Unteroffizier Wiedemann vom 4. Trainbataillon in Magdeburg-Wegen 22 erwiesener Soldatenmißhandlungen verurtheilt ihn das Kriegsgericht zu 6 Wochen und 1 Tag Mittelarrest, indem nur eine fortlaufende Handlung angenommen wurde. Verurteilt waren 6 Monate Gefängnis und Degradation. Ein Soldat soll sich wegen der Mißhandlungen das Leben genommen haben, was jedoch in der Verhandlung nicht unbedingt erwiesen werden konnte.

Neue politische Nachrichten. Die Verhandlungen über die Partelle sollen im Reichstag

am 26. März mit der Beratung über die ober-schlesischen Kohlenvereine; die Beratungen über die Kartelle der Eisenindustrie sollen im April und Mai folgen. — Der Gothaische Landtag beschloß, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrathe gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen. — Venezuela hat, wie „Wolffs Bureau“ aus Caracas meldet, am Dienstag die erste Rate der deutschen Entschädigungssumme in Höhe von 73 000 Dollars gezahlt. — Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Emil Brandt-Berlin, des Mittergutspächters Dr. Wendorf und des Buchdruckereibestitzers Stechert, die vom Landgericht Greifswald am 28. Oktober 1902 wegen Beleidigung des Landraths von Matkahn durch das sogenannte „Grüner Landrathslied“ verurtheilt wurden. Gleichfalls verworfen wurde die Revision des Staatsanwalts gegen die Freisprechung des mitangeklagten Gutsbesitzers Becker. — Das Urtheil gegen den vormaligen Direktor der Leipziger Bank, Erner, ist am Dienstag rechtskräftig geworden, denn weder von der Staatsanwaltschaft noch von Erner selbst ist Revision beim Reichsgericht angemeldet worden. Vom Eintritt der Rechtskraft an verhöht Erner die ihm am 10. März d. J. zuerkannte Strafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängniß, auf die ihm indessen 1 Jahr 3 Monate als durch die Untersuchungs-haft verbüßt angerechnet worden sind. Die 20 000 Mark Strafe wird jedenfalls von der Frau Erners bezahlt werden, so daß das dafür eingesezte weitere Jahr Gefängniß wegfällt. Erner wird nach der Strafankunft Zwidau verbracht. — Die Zustände in Coimbra (Portugal) sind unverändert. Die Universität ist noch immer geschlossen. Der Belagerungszustand besteht noch und die Zensur läßt keine Telegramme über die Lage passieren. — Der Senat der Vereinigten Staaten hat Dienstag den Panamafanal-Vertrag ratifizirt.

Parteigenossen! Gedenkt des Wahlfonds!

Rußland.
Eine Verschwörung will die Polizei entdeckt haben. Dem Londoner „Daily Telegraph“ wird aus Petersburg gemeldet: Die Polizei hat eine durch ganz Rußland verbreitete, von ausländischen Anarchisten angezettelte Verschwörung entdeckt, hauptsächlich unter den Arbeitern der Fabrikbezirke. Vor ungefähr 14 Tagen hat die Verhaftung von Personen stattgefunden, die verdächtig waren, gegen die Regierung gerichtete Flugblätter in Rußland eingeschmuggelt zu haben. Durch die bei ihnen gefundenen Briefe sei festgestellt, daß Galizien ein Hauptzentrum der Bewegung sei. — Bei der ganzen „Verschwörung“ wird es sich lediglich um die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter handeln.

Schweiz.
Der Nationalrath hat, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, mit 103 gegen 16 Stimmen bei 15 Enthaltungen beschlossen, bei dem Schweizervolk die Ablehnung der Verfassungssanktion zu beantragen, welche dahingehet, es solle bei Wahl des Nationalraths ausschließlich schweizerische Bevölkerung zur Grundfrage genommen, mit anderen Worten die Ausländer nicht mehr mitgezählt werden. Danach scheint der reaktionäre Vorstoß noch einmal abgewehrt werden zu sollen. Dagegen ist das Referendum gegen das sog. militärische „Maukorfgesetz“ (Erweiterung des Bundesstrafrechts wegen Aufreißung z. B. im Militärdienst befindlichen Personen) mit circa 50 000 Unterschriften zu Stande gekommen.

Italien.
Die Sozialisten brachten in der Kammer einen Antrag auf Einführung von Diäten für solche Abgeordnete ein, deren jährliches Einkommen nicht die Höhe von 3000 Lire erreicht.

England.
Ein neuer Sieg der Liberalen. Bei der Wahl für das Unterhaus in Ayr trugen die Liberalen den Sieg davon. Der liberale Kandidat wurde mit 4910 Stimmen gewählt, der Konserverve brachte es auf 4376 Stimmen. — Diese abermalige Niederlage der Regierungspartei erregt allgemein Aufsehen. Während man den neuen Wahlsieg der Liberalen in Botschaft noch als einen persönlichen Sieg des äußerst populären Coats deuten konnte, kann man nach dem neuen Siege in Ayr kaum noch bezweifeln, daß eine Stärkung des Liberalismus oder des Radikalismus in England sich vollzieht.

Amerika.
Die Revolution in Uruguay hat schnell einen bedrohlichen Charakter angenommen. 8000 Aufständische marschiren auf Montevideo, die Hauptstadt, los und haben bereits Gefechte mit Regierungstruppen gehabt. Unterwegs zerfielen die Aufständischen Telegraphenlinien und Bahngelände und bemächtigten sich der Steuerämter. Angesichts alles dessen verhängte die Regierung den Belagerungszustand über das ganze Land, bot sie die Nationalgarde auf und unterwarf alle Telegramme der Zensur. Auf der anderen Seite versucht sie auch, sich mit den Aufständischen in Güte zu einigen. Sie beauftragte vier Abgeordnete, mit den Aufständischen über den Frieden zu unterhandeln. Die Friedensunterhändler sind beauftragt, dem Führer des Aufstandes, Saravia, als Grundlage für eine Verständigung mitzutheilen, die Regierung willige darin, daß in sechs Bezirken neue Präfekten im Sinne der Nationalpartei ernannt würden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 19. März 1903.
Die Gedächtnisfeier zu Ehren der Freiheitskämpfer der Jahre 1848 und 1871, welche am gestrigen Abend im „Bereinshaus“ stattfand, nahm einen durchaus würdigen, der Bedeutung des Tages entsprechenden Verlauf. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Stellung. Der weitere Theil des Programms bestand neben ergat zu Gehör gebrachten Koncertstücken in Auführungen des Arbeiter-Madfabriker-Vereins und des Arbeiter-Turnvereins. Die lebenden

anden ungetheilten Beifall. Als schwierigste aber auch schönste Programm-Nummer konnte wohl das Turnen am Pferd bezeichnet werden. In gerader meisterhafter Weise führten die Turner diese Nummer aus; es war eine Lust, die jungen Leute beobachten zu können. Wenn wir den Verlauf des gestrigen Abends kurz skizziren sollen, dann können wir wohl sagen, daß alle Mitwirkenden ihre ganzen Kräfte aufboten, um die Feier, die um 12 Uhr ihre Ende erreichte, zu verschönern.

Eine interessante Statistik. Das statistische Amt veröffentlicht soeben das die natürliche Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate im Vorjahre betreffende Material. Aus demselben geht hervor, daß die Zahl derjenigen, welche sich in „Hymens Fesseln“ schlagen ließen, gegen 1901 im Abnehmen begriffen ist. Dasselbe ist nämlich von 847 auf 785 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist unzweifelhaft eine Folge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn der Mann sich selbst nicht einmal durchs Leben schlagen kann, dann kann er nicht noch eine Familie an sich ketten. — Hand in Hand mit diesem Rückgang der Eheschließungen geht auch eine Abnahme der Geburten von 3202 auf 3133. Die Zahl der unehelich Geborenen ist stabil geblieben; sie schwankt in den beiden Jahren nur um 1. Die geborenen Knaben überwiegen die Mädchen auch im Vorjahre um knapp 100. — In Bezug auf die Sterbefälle ist das verfloßene Jahr ein günstigeres gewesen, als das vorangegangene. Während 1901 1749 Personen starben, belief sich diese Zahl im Vorjahre nur auf 1565. Mehr geboren als gestorben sind 1902 1482 gegen 1376 Personen im Jahre 1901; hieron entfallen auf die Stadt 1213. Es ist also eine nicht unerhebliche Zahl, welche alljährlich mit zum Zuwachs unserer Bevölkerung beiträgt. — An Lungenschwindsucht fanden insgesamt 106 Personen, infolge Verunreinigung 35 Personen ihren Tod. Freiwillig schieden 21 Personen aus dem Leben.

Die reine Affordarbeit. Am gestrigen Tage sind abermals 144 neue Bürger vereidigt worden. — Da sich durch diese jetzt fast allwöchentlich erfolgenden Vereidigungen die Arbeitsleistung der Senatoren wesentlich steigert, so wäre hier vielleicht eine Lohnerhöhung für die Senatoren am Platze! Wir empfehlen Herrn Nabe, sich diese Sache einmal zu überlegen.

Alle Vögel sind schon da! Das Volkslied stimmt zwar noch nicht ganz, so schreibt die Frankfurter „Kleine Presse“, aber es beginnt sich zu bewahrheiten. Die Kuckucke der Zugvögel begann bereits im Februar. Den Reigen eröffnete der Bussard, der aus dem europäischen Süden seiner deutschen Heimath zueilt. Ihm folgten heuer sehr frühzeitig und in großen Schaaeren die Staare und dann der Klapperstorch. Auch die Feldlerche, diese tadellose Sängerin, und die Gabelweife stellten sich im Februar ein. Die Ringeltaube und der Stibiz ließen, nebst der Bachstelze, gleichfalls nicht lange auf sich warten. Die kleine Bekassine, die Waldschnepfe, das Hausrotschwänzchen, der Thurmschwalbe, der graue Steinschwärmer und die Singdrossel gehören zu den Ankömmlingen des März. Ende März und Anfang April hält der Wiedehopf neben der Rauchschwalbe und der großen Rohrdrossel seinen Einzug. Unmittelbar darauf folgen Grasmücke, Dornengrasmücke, Gartenrotschwanz, Wachtelkönig, Nachtigall, Goldammer und Wendehals. Im April können wir ferner den Blattnöck, den Sprosser, den Kuckuck, die Hauschwalbe, die kleine Rohrdrossel, den Schilfrohfänger und den Leichrohfänger begrüßen. Die letzten bei uns mitlebenden Zugvögel treffen Ende April und Anfangs des Monats ein. Zuerst ercheint der Drosselrohfänger, dann die Nachtigall, die Mandelkrähe, die Thurmschwalbe, der Neuntöchter, die Gartengrasmücke, der Pirol, der graue Fliegenfänger und zuletzt die Wachtel.

Zug von Arbeitern nach der Herrm Schorman in Lübeck gehörenden Fabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Am Mittwoch wurde zunächst die Berufung des Bauunternehmers L. gegen einen Bescheid der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft verhandelt. L. erlitt am 15. Novbr. 1899 einen Betriebsunfall, der die mangelhafte Leistungsfähigkeit des rechten Armes zur Folge hatte. Am 1. Mai 1900 erhielt L. deshalb eine 40prozentige Rente. Eine später vorgenommene ärztliche Untersuchung ergab, daß die Beschränkung der Leistungsfähigkeit auf 30 Prozent zurückgegangen sei. Die V.-G. belieh es jedoch bei der bisherigen Rente. Auf Grund eines nochmaligen Gutachtens wurde dann die Rente am 10. April 1902 auf 15 Prozent herabgesetzt. Hiergegen erhob L. Berufung und beantragte die Weitergewährung der bisherigen Rente. Zwei Obergutachten sprachen sich für 15 Prozent aus. Jedoch heißt es in dem einen derselben, daß dieser Satz bei einem Arbeiter für ausreichend erachtet werden könne. Ob dieser aber auch bei einem Unternehmer zutrefte, entziehe sich der Beurtheilung des Gutachters. Im Anschluß an diesen Satz des Gutachters vertrat der juristische Vertreter des Verletzten die Auffassung, daß gerade bei einem Unternehmer eine weitläufigere Herabminderung der Erwerbsfähigkeit eintreten könne als bei einem Arbeiter. Das sei hier der Fall und deshalb beantrage er eine Rente von 25 Prozent. Der stellvertretende Vertreter der V.-G. vertrat die gerade nicht von großer Sachkenntniß zeugende Auffassung, daß, wenn bei einem Arbeiter in einem solchen Falle eine 15prozentige Rente ausreichend sei, dieses doch erst recht bei einem Unternehmer der Fall sein müsse. (Bei diesem Herrn scheinen Gründe ebenso billig zu sein wie Brombeeren. Bemerkte sei übrigens noch, daß L. auch bei seinen Bauten selbst mit Hand anlegen muß. D. Red.) Das Schiedsgericht verwarf die Berufung. — Der nächste Fall endete mit einem Vergleich. Der Maurer H. stürzte am 20. März 1902 von einer 8 Meter hohen Leiter herab und erlitt neben verschiedenen Quetschungen auch eine schwere Verletzung des Kopfes. Bis zum 10. Mai wurde H. im Krankenhaus und alsdann von Dr. Bee behandelt. Letzterer hielt denselben für völlig erwerbsunfähig. Nach einer Untersuchung seitens des Dr. Roth wurde dem Verletzten die Vollrente gewährt, später aber als Uebergangsrente auf 50 Prozent herabgesetzt. Hiergegen legte H. durch das Arbeiterssekretariat Berufung ein und beanspruchte die Vollrente. In einem alsdann abgehaltenen Termin wurde die Einholung eines Obergutachtens von der Kgl. Universitätsklinik in Kiel beschlossen. Das Obergutachten sprach sich dahin aus, daß eine Erwerbsbeeinträchtigung von 66 2/3 Prozent vorliege. Entsprechend dem Wunsche des klägerischen Vertreters, Arbeiterssekretär Wiffell, erklärte sich der Vertreter der V.-G. damit einverstanden, daß vom 1. Dezember v. J. bis zum 28. Februar die Vollrente und ab 1. März d. J. eine Rente von 66 2/3 Prozent dem Verletzten zu zahlen ist.

Stadttheater. Man schreibt uns aus der Theaterkasseler: Freitag geht zum Benefiz der Frau Ra von

in Szene. Sonnabend letzte Klassiker-Vorstellung bei ermäßigten Preisen: Die Jungfrau von Orleans.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Den Offenbarungseid leisteten im verfloßenen Monat 12 Personen.
Handelsregister. Am 16. März ist eingetragen 1. bei der Firma Wintergarten, Friedrich Weise in Lübeck: die Firma ist erloschen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Behrens u. Bruhn in Lübeck: die Gesellschaft ist aufgelöst, der bisherige Gesellschafter C. W. Bruhn ist alleiniger Inhaber der Firma. Am 17. März ist eingetragen bei der Aktiengesellschaft Aktien-Bierbrauerei Lübeck in Lübeck: C. A. Siemsen ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seiner Stelle H. F. L. v. Homeyer zum Vorstandsmitglied bestellt.

pb. Diebstähle. Ein Bauunternehmer brachte zur Anzeige, daß ihm aus seinem in der Sendliststraße gelegenen Neubau 3 Treppentritten abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen seien. — Ein Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm aus einem unverschlossenen Koffer, der auf dem Boden des von ihm bewohnten Hauses stand, eine graue Sommer-Buckskin-Hose, eine blaugestreifte Hose und ein hellblaues Jackett gestohlen seien.

pb. Betrug. Gegen einen Zigarrenreisenden, welcher seinem Chef fingirte Aufträge übermittelt und sich hierfür die ihm zustehende Provision zahlen ließ, wurde Anzeige wegen Betruges erstattet.

Entin. Mit den bevorstehenden Reichstagswahlen und der Sozialdemokratie wird sich eine am Sonnabend Abend im Lokale des Herrn Schröder stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Das Referat in derselben hat Genosse Stellung aus Lübeck übernommen. Blickt der Parteigenosse ist es, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen und ferner für einen guten Besuch derselben zu agitiren. Es gilt Abrechnung zu halten mit dem Verhalten der bürgerlichen Parteien anlässlich der Brodwucher-Debatten im deutigen Reichstage.

Curau. Ueber die Bedeutung des 18. März spricht am Sonntag Nachmittag 4 Uhr im Heher'schen Lokale der Genosse Bartels-Lübeck. Hoffentlich ist ein zahlreicher Besuch der Genossen in dieser Versammlung zu erwarten!

Was der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Mittwochs Abend legten die Tapezierer-Gesellen in Hamburg in den Werkstätten, in denen ihre Forderungen nicht bewilligt sind, die Arbeit nieder. In einer öffentlichen Versammlung der Tapezierer-Gesellen wurde beschlossen, an Ledige 10 Mark, an Verheirathete 12 Mark, für die Frau 3 Mark und für jedes Kind 1 Mark Streikunterstützung wöchentlich zu zahlen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Zu dem Todschlag auf dem Reiterstieg bei Hamburg ist noch zu melden, daß die Logiswirthin des Mörders am Morgen der That Symptome von Geistesgekränktheit bemerkte und dafür Sorge getragen hatte, daß bereits seine Ueberführung in ein Krankenhaus angeordnet war. Kurz bevor der ihn abholende Wagen kam, trat der Mörder auf die Straße und erschlug die Frau als erste Person, die er antraf. Die auf so schreckliche und plötzliche Weise ums Leben gekommene hat mehrere verheirathete Kinder; das jüngste Kind, ein Mädchen, wird zu Ostern konfirmirt. Wie unserem Hamburger Parteiorgan mitgetheilt wird, wäre die schreckliche That vermieden worden, wenn die Behörde, die schon am frühen Morgen Kunde von dem Zustand der Todtschlägers erhalten hatte, sofort eingegriffen hätte. — Dem Waldarbeiter Engel wurde im Walde zu Ruffrow bei Onoi von einem fallenden Baume die Schädeldede zertrümmert, so daß das Gehirn zum Theil bloß lag. Die Nacht darauf verstarb er. — Der Loosenschnouer „Wefer“ ist in Folge einer Kollision mit dem Fischdampfer „Elena“ in der Wefermündung bei Bremerhaven gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Kiel. Ein Nachspiel zur Bauhandwerker-aussperrung. Ein überaus hartes Urtheil wurde von der Strafammer gegen den Schlosser Werle gefällt. Während der Aussperrung der hiesigen Bauhandwerker im Vorjahre hatte die Firma Krupp sich arbeitswillige Maurer aus Essen kommen lassen, um das Verwaltungsgebäude auf ihrem hiesigen Werkterran fertig zu stellen. Da die Arbeitswilligen in dem zur Werth gehörenden Logirhaus einquartirt wurden, gab es mit dem dort logirenden anderen Krupp'schen Arbeitern, meistens jungen Leuten, manche Zwistigkeiten. Dem Angeklagten wurde nun zur Last gelegt, daß er sich an den Belästigungen der Arbeitswilligen hervorragend betheiligte und ferner am Sonntag Abend vor Pfingsten zu mehreren im „Kaisersaal“ anwesenden Arbeitswilligen gesagt habe, wenn sie die Arbeit nicht gleichfalls niederlegten, würden sie ins Wasser geworfen werden. Werle bestritt zwar mit aller Entschiedenheit, daß er sich in der angegebenen Weise schuldig gemacht; er hätte im Gegentheil seine Kollegen zurückgehalten. Da jedoch zwei in Essen eiblich vernommene Arbeitswillige ihn als Denjenigen bezeichneten, der die anderen Leute gegen sie aufgereizt, wurde Werle zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Als er schwerend wurde betrachtet, daß der Angeklagte wegen Aufreißung schon vorbestraft war. Ferner wurde angenommen, daß sein Vergehen in solcher Zeit der Erregung ein „gemeingefährliches“ (II) sei.

Remmünster. Der abgeleitete Genossenschafts-Anwalt Dr. Crüger. In einer Generalversammlung der Vereinsbank geißelte Direktor Janus Hart das Vorgehen des Dr. Crüger in Kreuznach, das zur Folge hatte, daß eine Anzahl Konsumvereine aus dem Genossenschaftsverbande ausgeschlossen wurden. Der Vorstand wies sich dahin einig geworden, daß man dem Dr. Crüger in der Versammlung nicht sprechen lassen wolle, weil zu besorgen sei, daß dieser noch mehr Verwirrung unter den Mitgliedern anrichten würde. Dieser Vorschlag wurde mit großem Jubel von der Versammlung acceptirt. So mußte denn Dr. Crüger, welcher extra wegen der Versammlung herbeigekommen war, seine Weisheit für sich behalten. Am Dr. Crüger! In einer nach Schulze-Dehnschen Grundsätzen geleiteten Kreditgenossenschaft vor die Thür geleitet werden, muß hart sein.

Schwurgericht. Angeklagt war ein Mann der Arbeiter Wintel aus Neustrelitz, sowohl vor dem Schöffengericht als vor dem Landgericht in Neustrelitz als Zeuge einen Meineid geleistet zu haben. Im Laufe der Verhandlung gab der Angeklagte zu, beide Male wahrlich die Unwahrheit gesagt zu haben. Das Schwurgericht auf ein Jahr 4 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Schwere und dauernde Unfähigkeit als Zeuge oder Sachverständigen vernommen zu werden. In zweite Sache waren

Zarische Reformen.

Zar Nikolaus II. hat abermals Europa überrascht: der Zar verspricht Reformen. Gewissensfreiheit, Selbstverwaltung, und was weiß noch, hat man bereits aus seinem Manifest herausgelesen. Im Allgemeinen freilich verhält sich die Presse zu dieser Kundgebung des Zaren durchaus skeptisch. Sehr mit Recht!

Der einzige Punkt im ganzen Manifest, der mit einer gewissen Bestimmtheit ausgedrückt ist, ist das Versprechen, die gemeinsame Steuerhaftigkeit der Bauern abzuschaffen. Damit verhält es sich aber so: Solange die Bauerngemeinde noch einen bedeutenden Stamm von mehr oder weniger wohlhabenden Bauern aufzuweisen hatte, lag darin, daß die gesamte Gemeinde für die Einbringung der Steuern haftete, eine gewisse Garantie des Steuerbezugs. Nunmehr sind aber gewaltige Massen des russischen Bauernthums vollkommen ruiniert. Sie besitzen kein Vieh mehr, kein Arbeitsinventar, nichts als die nackten Wände ihrer Blockhäuser, die auch noch vielfach ihrer Strohdächer entblößt sind — kurz, nichts Pfändbares. Andererseits giebt es freilich auch Einzelne, die — durch Wuchergeschäfte — aus der allgemeinen Noth für sich Nutzen gezogen und einen gewissen Wohlstand geschaffen haben. Aber gerade diese verstehen am besten, es so einzurichten, daß sie für die Steuerrückstände der Gemeinde nicht aufzukommen brauchen, eher selbst keine zahlen. Noch mehr: die Steuerrückstände der Gemeinde sind den Gemeindegewertern eine Quelle fortgesetzter Ausbeutung der ärmeren Gemeindeglieder. Der Fiskus kommt also auf seine Rechnung nicht mehr. Trotzdem die Steuerfäße wiederholt stark reduziert, die Rückstände einfach nachgelassen worden sind, sammeln sich rasch wieder soviel Steuerrückstände, daß sie die Jahresquote der Steuern mehrfach übersteigen. Die Steuern gehen einfach nicht ein. Woher denn auch, da im Lande chronische Hungersnoth herrscht? Bekanntlich muß sogar die Regierung selbst jährlich Millionen zuschießen, um zu verhindern, daß nicht ganze Provinzen von einem Jahr zum andern entvölkert werden. Es ist deshalb längst der Wunsch des Finanzministers Witte, die gemeinsame Haftpflicht der Gemeinde zu beseitigen, um desto besser den einzelnen Steuerzahler im besonderen fassen zu können. Sein Ziel geht aber noch weiter.

Dem proletarischen Bauern ist sein Antheilrecht an dem Gemeineland nur noch eine Steuerlast, da er, ob er aus dem Boden Nutzen zieht oder nicht, für die auf dem Gemeineland ruhenden Steuern aufzukommen hat. Jetzt soll es dem Bauern freigegeben werden, aus der Gemeinde auszutreten. Da zugleich der Boden nach wie vor im Gemeindegewalt verbleiben soll, so werden die Massen der verarmten Bauern aus der Gemeinde austreten oder, mit welchen Mitteln auch, ausgehoben werden und das Gemeineland in den Besitz der Dorfgewerter und sonstigen Dorfgewaltigen übergehen. Vom Gesichtspunkte des Fiskus aus werden auf diese Weise „zahlungsfähige Steuereinheiten“ geschaffen.

Diese zwei Reformen sind die gesetzgeberische Liquidation der Zersetzung und Proletarisierung der russischen Bauerngemeinde. Die in Aussicht genommene Erweiterung des Bodentredits wird den Prozeß der Enteignung der Bauernmassen durch die Gelbbauern noch erleichtern. Der Gemeindegewalt wird nur noch dem Namen nach aufrechterhalten, nachdem die Massen aus der Gemeinde hinauszugesetzt werden.

Es ist leicht ersichtlich, daß diese Aenderung der ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande eine Aenderung der Dorferfassung erfordert. Das Manifest verspricht auch eine solche, läßt aber vollkommen im Unklaren darüber, auf welchen Grundlagen diese Reform beruhen und wie sie durchzuführen sein soll. Ob eine Erweiterung der „Semstwo“, der gewählten Körperschaften der russischen Provinzverwaltung, beabsichtigt sei, ist noch sehr zweifelhaft, ergibt sich noch keineswegs aus dem Wortlaut des Manifestes.

Vollends eine leere Phrase ist der Toleranzpassus des Manifestes. Man hat da herauslesen wollen, daß nunmehr den Verfolgten der „Makolniki“, der restlichen Sekten, Einhalt gethan werden wird. Allein Toleranz wird nur den „fremden Konfessionen“ versprochen — auch das freilich nur, soweit sie „durch die Grundgesetze des russischen Reichs vorgezeichnet ist“, also jetzt schon besteht — und der „Makol“, die Spaltung innerhalb der orthodoxen Kirche, wird eben nicht als besondere Konfession, sondern als Häresie, also als Vergehen gegenüber der orthodoxen Kirche aufgefaßt, das vom Staat gesühnt werden muß, solange dieser, wie es im Manifest heißt, „die orthodoxe Kirche ehrfurchtsvoll als die allen vorangehende und herrschende anerkennt.“

Es handelt sich also in der Hauptsache um Reformen, die durch das fiskalische Interesse diktiert werden. Allein dieses fiskalische Interesse ist auch Gesetz der sozialen Entwicklung. Das beweist: das herrschende politische System in Rußland hat sich soweit überlebt, daß Reformen notwendig sind, um einem finanziellen Zusammenbruch zu entgehen.

Wenn eine Regierung, die den Konservatismus zum leitenden Staatsprinzip erhoben hat, sich den Anschein giebt, liberale Reformen einleiten zu wollen, so ist das schon als politisches Zugeständnis aufzufassen. Und das Manifest des Zaren ist sogar, trotz aller verschleierte Nebenarten, ein direktes Zugeständnis an die russische revolutionäre Bewegung. So wird es allgemein aufgefaßt, und darin liegt vor allem sein Wert und seine Bedeutung. Das Manifest des Zaren wird von der gesamten Presse des Landes an erster Stelle abgedruckt, es wird an den Mauern angeschlagen, in den Dorfgemeinden vorgelesen, und es verbreitet im ganzen großen russischen Reich die Kunde, daß der Zar mit den innern „Witren“ nicht fertig werden kann, daß ihm im Lande selbst ein mächtiger politischer Gegner erwachsen ist, den er durch Konzessionen zu versöhnen trachtet. Das zarische Manifest ist ein mächtiges revolutionäres Agitationsmittel.

Das Manifest bringt den gesamten verworrenen Knoten der russischen Verwaltungszustände auf die Tagesordnung. Die Regierung wird nicht umhin können, auch der öffentlichen Kritik an diesen Zuständen freieren Lauf zu gewähren. Die Steuer- und Budgetreformen auf dem Lande müssen eine große Verschiebung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land hervorbringen. Unter den chaotischen Zuständen der russischen Verwaltung müssen diese Veränderungen eine heilsame Berichtigung anrichten.

Das politische Interesse im Lande wird aufgerüttelt, revolutionäre Kräfte werden wachgerufen. Der russischen Sozialdemokratie eröffnen sich großartige Aussichten. Um zu zeigen, daß sie diesen Aufgaben gewachsen sei, muß sie vor allem für die Bildung einer einheitlichen sozialrevolutionären Arbeiterpartei Sorge tragen.

Parvus.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Klempnerstreik in Stettin dauert unverändert fort, da bisher eine Einigung mit den Majern noch nicht erzielt werden konnte. — Am Streik der Militärschneider in Berlin sind über 400 Gehilfen theilhaftig. Die Direktion des Baarenhauses für Armee und Marine hat bereits Verhandlungen mit der Lohnkommission angeknüpft. Bis jetzt haben sich nur zehn Arbeitswillige gefunden. — In Magdeburg legten 74 Tapezierer den Arbeitsschlag die Arbeit nieder. Nach Fertigstellung der Akkordarbeit werden noch zehn Gehilfen hinzukommen. 12 Betriebe mit 20 Gehilfen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. — Die Maler in Königsberg i. Pr. haben am Sonntag den Streik beschlossen, und am Montag bei denjenigen Arbeitgebern, die den Tarif nicht anerkennen, die Arbeit niedergelegt. Ver-

handlungen mit dem Gehilfenausschuß sowohl wie mit der Lohnkommission haben die Meister abgelehnt. Am Montag haben bereits elf Meister die Forderungen bewilligt. Bei diesen wird weiter gearbeitet. — In Weisensee bei Berlin legten am Montag sämtliche in der Möbelfabrik von Geißler, Langhansstraße 100, beschäftigten Tischler, Möbelpolierer und Maschinenarbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder. — Die Schneider in Effen a. R. traten wegen Lohnminderungen in den Ausstand. — In Aachen sind die Weber der Firmen Ohlen und Groß wegen Lohnforderungen ausständig geworden. — Recht lebhaft hat die Streikbewegung in Paffel eingeleitet, dort sind die Schneider, Maler und Anstreicher wegen Lohnminderungen ausständig geworden. — Eine größere Streikbewegung macht sich in dem Buchdruckereigewerbe vieler französischer Städte, wie Orléans, Nantes usw. geltend.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Mainz siegte am Montag mit großer Majorität die Liste der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer), die vom Gewerkschaftsartikel aufgestellt wurde, gegen die Liste der christlichen Gewerkschaften und des evangelischen Arbeitervereins.

Aufhebung der Hirtenschulen. Der Landtag des Fürstenthums Lippe-Deimold hat einen Antrag auf Aufhebung der sogenannten Hirtenschulen mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. — Unter Hirtenschulen versteht man diejenigen Schulen, in denen in allzu großer Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiten nur ein beschränkter Unterricht erteilt wird.

Das Offenbacher Schöffengericht hat entschieden, daß die an einem Stammtisch vorgenommene Sammlung für Wahlzwecke nicht als öffentliches Kollektieren im Sinne des Polizeistrafgesetzbuches anzusehen sei. Einer unserer Genossen, der wegen der in Frage stehenden Sammlung von der Polizei ein Strafmandat erhalten hatte, wurde vom Schöffengericht von Strafe und Kosten freigesprochen.

Der beleidigte Schuh. Der frühere Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, Genosse Westmeyer, wurde wegen zweier Artikel, durch die der Bürgermeister von Nürnberg, Viktor v. Schuh, beleidigt sein wollte, verurtheilt. Das Urtheil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

Der Parteitag für Schwarzburg-Rudolstadt tagte am Sonntag in Unterweißbach. Erschienen waren aus 35 Orten nicht weniger als 500 Parteigenossen. Die Verhandlungen nahmen einen großartigen Verlauf und legten davon Zeugniß ab, daß auch in Schwarzburg-Rudolstadt die Bewegung ein tüchtiges Stück vorwärts geschritten ist.

Die Kosten des vorjährigen Niefenausstandes der nordamerikanischen Bergarbeiter. Wie in America alles ins Große geht, so auch die Streikbewegungen der Arbeiter. Nach den Abrechnungen, die dem Kongreß der nordamerikanischen Bergarbeiter vorgelegt worden sind, betragen die Kosten der gesamten Ausgaben für den Streik 2 080 805 Dollars, also weit über acht Millionen Mark. Dabei ist aber die Kasse des Bergarbeiterbundes der insgesammt 300 000 Mitglieder umfaßt, gar nicht sehr in Anspruch genommen worden, denn während zu Ende des Jahres 1901 der Kassenbestand 1 097 047 Dollars betrug, war er zu Ende des vergangenen Jahres nur um etwa 70 000 Dollars verringert worden und betrug 1 027 127 Dollars. Die eine Hälfte der Kosten wurde durch Beiträge innerhalb des Mitgliederbestandes aufgebracht, die zweite Hälfte wurde durch außergewöhnliche Zuwendungen und durch Geschenke gedeckt.

Menschenhandel. Der Frühling steht vor der Thür und als seine Anzeichen im Blätterwalde der Presse erscheinen die Inserate der Händler mit Menschenfleisch. „Zehntausende Galtzer und Russen, mit Garantie gegen Davonlaufen preis der eine an, „Partien von Burken und Mädchen

Schlechter Leumund.

Kriminal-Novelle von Karl Ed. Klopfer.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Oh, das steht wie eine unauslöschliche Inschrift in meinem ganzen Lebenskatechismus eingegraben, nur könnte ich über die Mittel im Zweifel sein, die ich anzuwenden hätte, um — um mein Ziel zu erreichen,“ antwortete der Buchhalter.

„Ei! — Lassen Sie doch hören,“ lachte Fräulein Sandler, „was Sie sich da zum Exempel schon ausgedacht haben!“

„Nun — ich möchte reich sein, reich, sehr reich — dann wäre ich vielleicht schon um ein beträchtliches Stück auf meiner Bahn vorgerückt.“

Sie schob die Augenbrauen zusammen und betrachtete ihn forschend, die Arme vor der Brust verschränkt, dann wiegte sie ihr Köpfchen hin und her.

„Schau, schau! Das ist wieder ein Zug, der ein bißchen von dem erwähnten Charaktergemälde abweicht, das ich mir von Ihnen gemacht habe. Aber — Sie wünschen wohl Ihrer Mutter wegen, die Sie, wie ich weiß, sehr verehren und hochhalten, mit Gütdingern gelegnet zu sein. Doch brauchen Sie dazu jaust so viel davon?“

„Ich würde allenfalls mit mir handeln lassen,“ lachte er, „aber ich wollte wenigstens nur so viel haben, um einige Spekulationen einleiten zu können, deren Gelingen es mir ermöglichte.“

Sie schüttelte wieder den Kopf. „Fräulein Marie,“ fuhr er nach einer Pause fort, während welcher er sich zu einem kühnen Entschluß aufgerafft hatte. „Fräulein Marie — Sie verstehen mich wohl, ich weiß es — warum also wollen wir uns nicht mit etwas mehr Offenheit aussprechen? — Ich fühle das unabwiesbare Bedürfnis, einige Klarheit in meine Situation zu bringen.“

Sein leidenschaftlicher Ton erschreckte sie, sie wich einige Schritte zurück was ihn plötzlich abbrechen ließ. Ein Zug von Traurigkeit prägte sich in seinem offenen Gesichte aus. Er fuhr sich mit einem schmerzlichen Seufzer durch das dicke, dunkelbraune Haar und ließ das Kinn auf die Brust herabsinken. Marie beobachtete ihn aufmerksam.

„Was fehlt Ihnen, Herr Hügel? — Soeben lag noch ein freudiger Schwung in Ihrer Rede — und nun sind Sie mit einem Male so niedergeschlagen?“

„Weil ich — zu errathen glaube, was Sie mir erwidern würden, wenn ich mich ausspräche,“ antwortete er gepreßt. „Sie haben wohl Verpflichtungen — Sie stehen unter dem übermächtigen Einfluß gewisser Verhältnisse, die es Ihnen nicht gestatten — der Stimme Ihrer Neigung zu gehorchen; wenn Sie schon überhaupt eine solche Stimme...“

„Was meinen Sie?“ fragte sie erkaunt. „Nun — Sie können sich doch nicht der Einwirkung der väterlichen Gewalt entziehen? — Ihr Herr Vater hat einen Kompagnon, einen jungen Freund, den er wie seinen Sohn betrachtet — und Herr Weller hat entschieden Absichten —“

Marie richtete sich stolz auf und lächelte trotzig. „Ferdinand? — Nun, wenn auch wirklich solche Projekte bestehen sollten, wie Sie sie da andeuten, und wie ich sie, ich gesteh' es, auch schon bereits geahnt habe — so kann ich Ihnen versichern, daß dieselben nicht zur Realisirung kommen werden.“

Er sah sie mit einem ängstlichen Zweifel an, aber in ihrem Auge lag etwas so zauberisch Strebliches, das ihn mit einer warmen, freudigen Erregung durchzuckte. Er streckte ihr seine Hand hin und war eben im Begriff, sein übervolles Herz ganz und gar auszuschütten, als sie ein Geräusch an der Zimmertür rasch auseinandertraten ließ. Die Klänge wurde niedergedrückt, der Flügel öffnete sich — Ferdinand Weller stand auf der Schwelle. Die beiden sahen ihm einen Moment mit Schrecken in's Gesicht, aber seine ruhige, unbewegliche Miene mußte sie wieder beschwichtigen; er schen von

ihrem Zwiegespräch kein Wort verstanden zu haben und Beisammensein durchaus harmlos zu finden, wenigstens wenn er nicht das geringste Erstaunen.

„Ah, Herr Hügel, Sie suchen wohl Herrn Sandler?“

„Ja auch. Was haben Sie da?“

Leopold reichte ihm die Briefe und bat um bestimmte Instruktionen.

„Gut — die sollen Sie bald erhalten; ich komme gleich hinab,“ sagte Weller topfnickend und durch das Papiere mit sehr großer Aufmerksamkeit, während der Buchhalter das Stimmer verließ, um wieder die Schreibstube aufzusuchen.

Marie hatte sich an's Fenster gesetzt und ihre Arbeit wieder aufgenommen, als bemerkte sie gar nicht Unwesenheit Wellers, der, die Zähne in die Unterlippe graben, über den Rand der Briefe hinweg sah. Hatte nur im Entferntesten geahnt, was für Gedanken in die Momente seinen Sinn durchkreuzten, sie wäre kaum so ergriffen gewesen.

Weller war ein Mann, dessen Wesen die vollkommen Leidenschaftslosigkeit zu verkörpern schien, wenigstens stand er es meisterhaft, seine inneren Bewegungen in einer ruhigen Oberfläche zu verbergen. Er blieb im Außerlichen immer gleich, was ihm etwas geistig Geheimes verlieh, das seinen Jahren voraus war ihm den Ruf eines vortrefflichen, korrekten Geschäftsmannes einbrachte. Er besaß überdies, wie alle Menschen, die schon gelassen beobachten, die Gabe, einen Gegenstand mit seinen möglichen Konsequenzen in kürzester Zeit zu über die eingehendsten Erwägungen in den Raum weniger Minuten zusammenzubringen. So hatte er sich auch in einer raschen Gedankenreihe zum Beherrschter der Situation gemacht, während er in der Mitte des Zimmers stand scheinend nur von seinen Geschäftsbriefen und den daran knüpfenden Reflexionen in Anspruch genommen. —

Feld-, Ziegelei- und Forstarbeiten in jeder Anzahl, mit eigenen Aufsehern, unter kulantesten Bedingungen ein anderer. Besonders schön aber macht sich folgendes Inserat, welches in einer Reihe von konfessionellen und bündlerischen Organen zum Abdruck gelangt:

Galizische Arbeiter

Männer, Weiber, Vurschen besornt in jeder Anzahl für

Feld-, Ziegelei- und Forstarbeit.

Beschäftigungskosten frei Grenze 6 Mt., ermäßigte Lohnsätze (je nach Jahreszeit: Männer 0,80 bis 1,10 Mt., Vurschen und Mädchen 0,65 bis 0,90 Mt., Deputat täglich 0,35 bis 0,40 Mt.), 4 Wochen Garantie gegen Kontraktbruch.

Das ist nicht mehr ein privater Menschenhändler, sondern die Landwirtschaftskammer in Breslau, ein staatlich subventioniertes Institut, das auf diese Weise Waare vermittelt. „Ermäßigte Lohnsätze!“ In der That: 80 Pfennige pro Tag für die Arbeitskraft eines Mannes und bei der schwersten Arbeit, in der Erntezeit steigt der Preis auf ganze 110 Pfennige. Ist heuer billiger, das Menschenfleisch! Daneben das Deputat: 35 Pfennige für Futter pro Tag. Eine billige Biffer. Der schlechteste Maagnat, der die Waare durch Vermittlung des ehrenwerten Breslauer Instituts bezieht, wird wirklich gut bedient. Wenn dieser Herr Raucher ist und — wie es meistens der Fall — an eine gute Sorte gewöhnt, dann kostet ihm die Zigarre, die er nach dem Kaffee raucht, nicht mehr, als die Beköstigung eines Arbeiters, der schwere Schnitterarbeit leistet. Mehr kann man doch wirklich nicht verlangen. Und dazu noch „4 Wochen Garantie gegen Kontraktbruch“. Für länger will das ehrsame Institut nicht garantieren, aber 4 Wochen halten es die Kerls aus, müssen sie aushalten, dafür bürgen nämlich die Vermittler: Ein solcher Vermittler dingt die Leute; zu straff darf er den Bogen nicht spannen, aber die 4 Wochen macht er aus. Ein Arbeiter, der früher davonlaufen würde, riskiert, nie wieder Vorstoß zu erhalten. So hält er denn aus. Galizier sind's, die da verhandelt werden. Das Land, in dem die Schlachzigen wirtschaften, liefert die billige Waare. Die Leute müssen diese Bedingungen akzeptieren, müssen mit dem Vattelohn zufrieden sein und mit dem Fraß, den man ihnen bietet, weil sie sonst vor Hunger sterben. Sie sind Lohnbrüder unter dem Zwange jüdischer Noth, und die Vermittlung des staatlich subventionierten Instituts bewirkt, daß von Jahr zu Jahr die Scharen dieser armen Nomaden, die nach Deutschland herabdrängen, größer werden und die Preise immer noch herabgedrückt werden. Wir möchten den Vorschlag machen, dieses Inserat der Landwirtschaftskammer in Breslau in Erz zu graben und in einem Museum aufzubewahren; nur die Jahreszahl darf nicht vergessen werden, sonst glaubt es am Ende der Historiker der Zukunft nicht, daß er es mit ihrem Dokument aus dem zwanzigsten Jahrhundert zu thun hat.

Die Landesversammlung der Parteigenossen

Sachens fand am Sonntag und Montag in Wittweida statt. Der Thätigkeitsbericht gab für das Zentralkomitee Sindermann. Er begründete folgenden Antrag des Komitees: „Die gesamten Aufwendungen des Zentralkomitees sind von den Parteigenossen Sachens zu tragen. In diesem Zweck sind von jedem Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation jährlich 50 Pf an die Zentralkomitee zu entrichten. Für die Aufbringung dieses Beitrages seien die einzelnen Organisationen.“ Der Redner wies darauf hin, daß der Hauptort in den letzten 5 Jahren 2500 Mt. zu den sächsischen Reichstagswahlen hergegeben habe, wovon noch 19 000 Mt. zurückzahlen seien. Schutzeoffenbare, ebenfalls Mitglied des Zentralkomitees, machte darauf aufmerksam, daß Sachens fast 50 000 politisch organisierte Parteigenossen besitze; durch Annahme des Antrages würde es deshalb möglich werden, nicht nur die Schulden im Parteiverbande zu bezahlen, sondern dauernd ohne Zuschuß auszukommen. Nach mehrstündiger Debatte wurde der Antrag abgelehnt, dagegen ein Antrag Super-Kuben angenommen: „Die Landesversammlung spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Parteigenossen Sachens die Beiträge der politischen Organisationen erhöhen, mindestens aber für So ge zu tragen, daß diese Beiträge nicht unter 5 Pf. pro Woche betragen.“ Ueber die Reichstagswahlen referierte danach Fischer, worauf die Aufführung der Kandidaten angenommen wurde. Wir haben die Lage schon früher mittheilt; es ist daran nichts geändert worden, nur konnte 19. Kreis, Stollberg-Saaleberg, noch nicht besetzt werden, der bisherige Vertreter des Kreises, Julius Siefert in Witten, zu allgemeiner Ueberrückung erklärte, er könne

nicht wieder kandidieren, weil in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Wendung eingetreten sei, die ihn darin hindere. Es wurde den Genossen dieses Kreises anheimgegeben, in Gemeinschaft mit dem Zentralkomitee einen anderen Kandidaten aufzustellen. In dem Referat über die Presse konnte Gradnauer die erfreuliche Mittheilung machen, daß die sächsischen Parteiblätter jetzt 103 700 Abonnenten zählen, gegen 80 000 im Jahre 1900. Als Sitz des Zentralkomitees wurde wieder Dresden bestimmt; die nächste Landesversammlung findet in Chemnitz statt.

Aus Mag und Fern.

Die Rothhüden, die, wie männiglich bekannt, in unsern Tagen wohl noch ebenso stark grassirt, wie zur Zeit der Metternichtigkeit, hat schon von jeher den Wohlthätigen Anlaß gegeben, sich über diese, besonders in Postzeitkreisen vorkommende Krankheit zu beunruhigen. So finden wir zufällig im „Lübecker Bürgerblatt“ vom 11. April 1849 folgende nicht unzeitgemäße „Türkische Verordnung“: Um alle Simulanten und sinnlichen Ausdrücke für die rothe Republik zu vernichten, wird hiermit angeordnet: 1) die rothe Farbe ist für immer abgeschafft und darf nie wieder herbeigebracht werden; 2) der Regenbogen enthält fortan nur fünf Farben; 3) alle Vögel haben bei Strafe sofortiger Einsperrung ihre rothen Federn abzulegen und statt deren andere zu tragen; 4) das Blut, als das gefährlichste Simulbild der rothen Republik, wird allen Demokraten abgezapft; 5) rothe Nasen sind sofort einzuflecken und werden zu Scheidemünzen umgeprägt; 6) alle Rothköpfe und Rothhäute sind einzufangen und abzuschneiden; 7) auch den Damen sind rothe Schleifen, Hals- und Brusttücher verboten, ebenso auch die Schamröthe; 8) Abend- und Morgenröthe sind abgeschafft und also danach alle Gedächtnisse zu ändern. So muß es z. B. heißen: Venore fuhr zur Frühstückszeit
Empor aus schweren Träumen...

Der Pächter Bismarck.

Sämige Stadtväter haben es in Ahlen in Westfalen nicht gut. Um das immer ärger werdende Schwänzen der Stadtverordneten einzuschranken, ist nach der „Glocke“ auf Veranlassung des Regierungspräsidenten eine Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung erlassen worden. Wer von den Stadtverordneten ohne triftigen Grund, den er vorher anzugeben hat, eine Sitzung verläßt, muß im ersten Falle 50 Pf., im Wiederholungsfalle bis zu 5 Mark Strafe zahlen. Wer unnützes oder dummes Zeug redet, kann zur Fortentziehung verurtheilt werden. Wer während der Versammlung eingeleitet und den Ordnungsruf des Vorsitzenden nicht beachtet, kann von der Sitzung ganz ausgeschlossen werden. Auf sechs Monate und noch länger kann ein Stadtverordneter ausgeschlossen werden, wenn er die in geheimer Sitzung ihm auferlegte Amtsverschwiegenheit bricht. — O, weiche Luft, in Ahlen Stadtvater zu sein!

Sprachstudie. Dona ist ein lateinisches Wort und heißt „Hente“. Dohna ist ein deutscher Ort und heißt „Das' die Hente.“

Ein überflüssiges Mordinstrument. Auf traurige Weise verunglückte in Neuhaus bei Baberborn der aus Köln stammende Husar Hubert Frank von der 4. Eskadron des 8. Infanterieregiments. Bei einer Uebung mit Lanzen warf ein Rekrut des Husarenregiments, so daß bei einer Bewegung des Pferdes des Frank letzteren die Spitze in die Brust drang. Er hatte noch die Kraft, die Lanze aus der Wunde zu ziehen, starb aber bald darauf an innerer Verblutung. In Rodenberg in Westpreußen ereignete sich bei dem Uebungsreiten der 2. Eskadron des Kürassierregiments Nr. 5 ebenfalls durch die Lanze ein schwerer Unfall. Dem Kürassier Meiß gilt die Lanze aus der Hand, er konnte sein Pferd nicht schnell genug anhalten und die Lanzen spitze drang ihm in den Leib. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Daß der praktische Werth der Lanzen gleich Null, ist schon längst erwiesen und England hat sie deshalb auch wieder abgeschafft. Nichtsdestoweniger wird das gefährliche Instrument in Deutschland beibehalten.

Ein Scherz soll es nach der „Germ.“ gewesen sein, daß ein Regensburger Zentrumsblatt seinen Lesern erzählt hat, im Regensburger habe die Erde geklebt, weil dort der Herr Graf Goerzbroeck als Kandidat zum Reichstage aufgestellt worden sei. Die „Woff.“ richter nun an die „Germ.“ die Frage, ob es auch ein Scherz sei, daß der Verfasser der katholischen Theologie an der Universität Münster Herr Dr. Baum in seinen wissen-

schaftlichen Werken lehrt, die Hölle b. finde sich in der Mitte der Erde, die Erdboden seien veranlaßt durch die Brandung des höllischen Feuermeeres und die Vulkane seien die Schote der Hölle. Die „Scherzhafte“ Stelle lautet: „Das Bewußtsein, daß die Hölle uns so nah, daß ihre graulichen Flammen hart unter unseren Füßen drohend lodern, daß es der Hölle Schote sind, die vor unsern Augen giftig qualmen (Vulkan), daß die Riesenwogen ihres Feuermeeres aus der Tiefe herauf die Erde, die uns trägt, in baniger Angst erzittern machen (Erdbeden), das Alles dürfte wohl geeignet sein, uns zu erschüttern.“ Diese Auslassung des Herrn Professors findet sich auf Seite 22 seines „wissenschaftlichen“ Werkes „Die Hölle“. Das Buch trägt die bischöfliche Approbation und ist 1882 in Mainz erschienen.

Infam kassirt! Ueber ein merkwürdiges Vorkommniß berichtet das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Wien. Ein Wiener Fabrikant hatte vor einigen Jahren eine reizende Künstlerin geheiratet und lebte mit ihr in glücklichster, von zwei Kindern gesegelter Ehe. Die junge Frau fühlte sich allerdings von ihrem Gatten, der sich seinen Berufspflichten mit Eifer hingab, etwas vernachlässigt, und so kam es, daß sie sich, als sie einen Kurort aufsuchte und sich dort recht einsam fühlte, von einem jungen Offizier den Hof machen ließ. Man sah sie mit dem Offizier wiederholt in den Parkanlagen zusammentreffen und an seiner Seite promenieren. Eines Tages erscheint in dem Komptoir des Fabrikanten ein diesem unbekannter Herr mit dem Gesuchen um eine vertrauliche Unterredung. Nach einigen Höflichkeitssphrasen sagte der Fremde: „Mein Herr, Ihre Frau betrug Sie!“ — Der Fabrikant fährt zurück: „Nein, das glaube ich nicht. Wie kommen Sie dazu, mir dies zu sagen?“ Fremder: „Ich habe Beweise dafür!“ Fabrikant: „Welche Interessen haben Sie, mir dies zu beweisen?“ Fremder: „Was werden Sie thun, wenn ich Ihnen Beweise biete?“ Fabrikant: „Wenn es wahr ist, lasse ich mich augenblicklich scheiden!“ Fremder: „Das können Sie nur, wenn Sie Beweise haben! Und mein Interesse ist offener als ein ganz profanisches. Für tausend Kronen schaffe ich Ihnen ein Beweismittel.“ Fabrikant: „Auf tausend Kronen kommt es mir nicht an. Ich will nur wissen, ob es wahr ist.“ Fremder: „Es ist wahr. Wenn Sie die tausend Kronen bei einem Advokaten deponieren, wird Derjenige, mit dem Ihre Frau Sie betrogen hat, als Zeuge auftreten!“ Der Fabrikant wurde nun von dem Fremden mit dem jungen Offizier bekanntgemacht, der ihm die Andeutungen seines Vermittlers bestätigte. Die tausend Kronen wurden in einer Advokaturkassette hinterlegt und man sah eine Erklärung aus, wonach dieser Betrag nach abgabener Zeugnisaussage vor Gericht in das Eigentum des Offiziers übergehe, ferner, daß gegen diesen keine Klage wegen Ehebruchs erhoben werde. Der Fabrikant klagte nun gegen seine Frau auf Scheidung aus deren Verschulden. Es kam zur Verhandlung vor dem Zivillandesgerichte und als Kronzeuge erschien der Offizier, der genau Ort und Stunde seiner Zusammenkünfte mit der Beklagten und Personen nannte, die dies bestätigen können. Der Anwalt der Frau brachte zur Sprache, daß der Offizier sich einen Lohn für den dem Kläger geleisteten Dienst bedungen habe, und der Zeuge auf dies nicht. Der Gerichtshof erkannte nach der Sachlage auf Scheidung der Ehe aus dem Verschulden der Frau. Doch war die Insignation der Mitglieder des Senats über die merkwürdige Rolle, die der Offizier in diesem Prozesse gespielt hatte, so groß, daß der Gerichtshof beschloß, den Akt den Militärbehörden abzutreten. Die Folge war, daß ein ehrenrühriges Verfahren eingeleitet und der Offizier infam kassirt wurde. Mittlerweile waren aber dem Fabrikanten Skrupel aufgestiegen; er willigte in eine von den Angehörigen der Frau herbeigeführte Zusammenkunft mit ihr, und als sie ihm nun offen und unter Thränen Alles erzählte und betheuerte, es habe nichts als ein „Firt“ stattgefunden, der Offizier habe aus Rache, weil sie ihn nicht anhörte und vielleicht weil er Geld brauchte, sie verleumdet, erfolgte eine Versöhnung. Mann und Frau erschienen bei dem Vorsitzenden des Senats, der ihre Ehe geschieden hatte; da aber das Urtheil nicht aufgehoben werden konnte, jedoch auch noch nicht in Rechtskraft erwachsen war, kam ein gerichtlicher Vergleich zu Stande, wonach der Kläger auf die Rechtsfolgen des Urtheils Verzicht leistete. Dies ist einer Jagdtirung der Scheidung gleichzuachten, die auch thatsächlich nicht erfolgte. Das versöhnte Paar ist wieder Mann und Frau — der Zeuge aber infam kassirt.

Er hatte den größten Theil der Unterredung, die da von zwei Mannen und dem jungen Bachhalter stattgehabt, angehört. Auf'sing wollte er rasch und bündig über die Sache, Hügel über keine Dienstverpflichtung und später dem Kompanagn eine genaue Eröffnung über den Stand der Dinge machen. Hügel wäre wohl auf's Abdringen nicht ohne Entlassung worden und Herr Sembler ist nicht erkrankt, seiner Tochter das bizarre Köpfchen still zuzuschreiben, aber — was hatte er, Ferdinand, da am Ende gewonnen? So wie er den Charakter dieses hochens konnte, war ein solches Vorgehen durchaus nicht gut, den erst im Entstehen begriffenen kleinen Liebespaar mit einem Male zu zerbrechen, vielmehr konnte dadurch, was jetzt vielleicht noch nicht mehr als eine durch die gewaltige hervorgerufene Kinderrei war, zur echten, unbedingten Lebensgemeinschaft erwachsen; keinesfalls aber die Rache für den durch ihren Vater protegierten Bräutigam gestiftet worden, wenn dieser solche Schwaltworte zur Unterredung brachte.

So versah es Heller selber, ihr nur mit dem leiblichen zu verhalten, daß er ihre heimlichen Beziehungen zu jungen Bachhalter der Firma laue, ebenso wie er auch gegenüber dem vollkommen Unbekannten spielte und Sembler gleichfalls im Unklaren ließ über die Entlassung, die er so ganz zufällig gemacht hatte. Er hielt's keine Interzesse wohl für zu unbedeutend, um ihm dabei; eine kleine Herzenspolitik des romantischen Köpfchens, viel zu lieblich, um seinen gut verstandenen Interessen als empfindliches Hinderniß in dem Weg zu setzen. Das geht ja vorüber, wie — eine Kinderrei.

Zu Ende der Woche, gerade als die feberhafte Erregung auf dem geschäftlichen Markte ihren Höhepunkt erreicht hatte, kam Hügel eines Morgens bleich und zerfahren in sein Bureau. Seine Gedanken waren heute nicht bei der Arbeit. Herr Sembler bemerkte endlich, trotz des Aufstehens der ihn umdrängenden Geschäfte, die feilsche Bewegung im Wesen des sonst so pflichterfüllten jungen Mannes. Er rief ihn in sein Kontor und interpellirte ihn in seiner milden, vertrauensverweckenden Weise, die für jeden Untergebenen des Hauses so etwas unendlich Wohlthuendes besaß.

„Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, daß in Ihren Privatverhältnissen etwas Widerwärtiges eingetreten ist, das diese Ihre Niedergeschlagenheit veranlaßt. Sprechen Sie sich nur ganz offen aus!“

Hügel zögerte einen Moment; er wollte schon überhaupt jede solche Veränderung in seinem Gemüthszustande ablehnen, aber die Thräne, die sich ihm unwillkürlich in's Auge drängte, verricht ihn. Endlich nahm er mit einem tiefen Seufzer den Aulast, die Ursache seiner Bewegung zu bekennen.

Er erzählte, daß sein verstorbenen Vater seiner Wittve außer dem Anspruch auf eine längliche Pension ein kleines Kapital hinterlassen, das, seither in einer öffentlichen Sparkasse angelegt, einen willkommeneren, wenn auch nur recht geringen Beleg für die Bedürfnisse der alten Frau gebildet hatte.

„Von dem Wunsche befreit, dieses kleine Vermögen zu verwalten“, fuhr er fort in seiner Eröffnung fort, „bewog ich meine Mutter, die Summe aus dem bisherigen Depot zu entnehmen. Ich — überredete sie, Spekulations-

„Sie hatten Recht!“ ergänzte Herr Sembler, den Blick ernst auf den jungen Mann gerichtet, der mit gesenktem Haupte wie ein reuiger Sünder vor ihm stand.

„Ich weiß, Herr Sembler, daß — daß ich gefehlt habe, daß es mir in meiner Stellung als eine Unkorrektheit anzurechnen werden muß, so auf eigene Hand geschäftliche Transaktionen eingeleitet zu haben, aber — ich bin nun auch genug bestraft.“

„Wiß Ihre Mutter bereits davon?“

„Das ist's ja eben; ich fand bis jetzt noch nicht den Muth dazu, ihr diese niederschmetternde Mittheilung zu machen. Der Kummer der alten Frau ist es, der mich zur Verzweiflung treibt, ob, ich würde ja gern Alles anbieten, noch zehnmal so angestrengt arbeiten, wenn ich ihr diese Nachricht eriparen könnte!“

„Rechtsinniger junger Mann, das hätten Sie eben früher bedenken sollen!“ sagte der alte Chef, absichtlich einen strengeren Ton annehmend, als es seiner heimlichen Einschätzung entsprach. „Nun, trachten Sie nur, Ihrer Mutter diesen Verlust durch verdoppelte Aufopferung zu ersetzen. Wir werden sodann schon sehen, was sich in der Sache thun läßt. Jedenfalls will ich hoffen, daß Sie jetzt ein für alle Mal von Ihren Spekulationsgelüsten geheilt sein werden. Sie sehen, was für verhängnißvolle Folgen sich daraus entwickeln könnten. Ihr unumwundenes Geständniß kann mich heute allerdings noch zu einer milderen Auffassung stimmen.“

Hügel war wirklich froh, sein Herz wenigstens in etwas erleichtert zu haben und kehrte weniger beunruhigt zu seiner Arbeit zurück.

(Fortsetzung folgt.)